

Die Diskussion um den Bau des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ in Berlin



Bauschildverhüllung am 31. Oktober durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: Kai-Uwe Heinrich (Tagesspiegel).

Vorgeschichte

Die Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“, dem Ort an dem sich zwischen 1933 und 1945 die Zentralen der wichtigsten Überwachungs- und Verfolgungsapparate des NS-Regimes befunden hatten, ist nach Kriegsende jahrzehntelang verdrängt worden. Erst Architekturhistoriker - im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung und der Renovierung des Martin-Gropius-Baus - und gesellschaftliche Gruppen haben Ende der siebziger Jahre begonnen, die Geschichte des Ortes als Zentrale des NS-Terrors bewußt und zum Thema der öffentlichen Diskussion zu machen.

Als Folge davon lobte der Senat von Berlin 1983 einen Denkmals-Wettbewerb aus. Das Denkmal für die Opfer des NS-Terrors auf dem Prinz-Albrecht-Gelände sollte den Anforderungen,

zugleich Grünfläche und Park für die Kreuzberger Bevölkerung zu sein, gerecht werden.

Der preisgekrönte Entwurf löste so kontroverse Diskussionen aus, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, auch damals war dies Eberhard Diepgen, den Preisträgern Jürgen Wenzel und Nikolaus Lang Ende 1984 mitteilte, daß ihr Denkmal nicht verwirklicht werden wird.

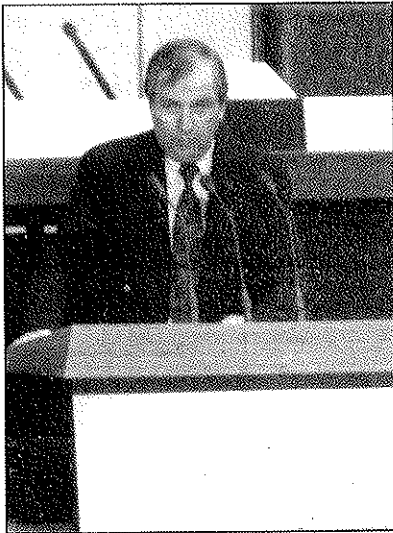
Im Laufe der achtziger Jahre forderten verschiedene gesellschaftliche Initiativen immer wieder die Errichtung einer Dokumentationsstätte auf dem Gelände; so die Akademie der Künste, der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand - der seine Forderungen durch eine symbolische Grabungsaktion auf dem Gelände am 8. Mai 1985 und die „Grundsteinlegung“ für ein Dokumentationszentrum am 1. September 1987 unterstrich -, sowie die „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“.

Im Rahmen der 750-Jahrfeier der Stadt Berlin wurde auf dem Gelände die Dokumentation „Topographie des Terrors“ eröffnet. Zunächst als temporäre Einrichtung geplant, wurde die Ausstellung aufgrund des hohen Besucherzustroms und der engagierten öffentlichen Debatte um das Gelände immer wieder verlängert.

Im März 1990 legte die vom Berliner Senat berufene Fachkommission einen Abschlußbericht vor, dem das Abgeordnetenhaus und der Senat zustimmten. Dem Bericht folgend soll auf dem Gelände ein internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum entstehen, das die Bearbeitung der Geschichte von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt zum Fokus seiner Tätigkeiten macht. Als Rechtsform wurde eine Stiftung des öffentlichen Rechts vorgeschlagen, und diese am 8. April 1995 per Gesetz realisiert.



Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bei der Festansprache am 8. Mai 1995 im Berliner Abgeordnetenhaus anlässlich des symbolischen Baubeginns für das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“.



Bundesminister Klaus Töpfer bei der Festansprache am 8. Mai.

Im Rahmen eines Wettbewerbs wurde im Frühjahr 1993 das zu errichtende Gebäude ausgewählt: das „Stabwerk“ des Schweizer Architekten Peter Zumthor. Die Baukosten wurden zwischen dem Land Berlin und der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt. Am 8. Mai 1995 fand im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Berliner Abgeordnetenhaus, zu der der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Bundesbauminister Klaus Töpfer, der Kultursenator Ulrich Roloff-Momin und der Vorsitzende des Zentralrates der Juden Ignaz Bubis die Festreden hielten, der symbolische Baubeginn statt. Da umfangreiche Bauprüfungen des exzeptionellen Gebäudes lange Zeit benötigten, konnten erste Erdarbeiten auf dem Prinz-Albrecht-Gelände erst im Laufe des Jahres 1996 begonnen werden.

Diese Entwicklungen weisen auf zwei Besonderheiten des „Prinz-Albrecht-Geländes“ hin:

Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß - vom topographischen Ansatz ausgehend - an diesem Ort eine Dokumentation der NS-Verbrechen mit der Untersuchung der Strukturen, die zu diesen Verbrechen geführt haben und der Frage, wie Menschen zu Tätern werden konnten, im Zentrum der Erinnerungsarbeit stehen muß. Es handelt sich daher nicht um eine Gedenkstätte, sondern um einen Lernort. Zum zweiten ist die gesellschaftliche Diskussion um das Gelände insofern in Berlin etwas Besonderes, als daß Forderungen von gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen, wenn auch mit Verzögerung und in anderen Formen, vom Senat des Landes Berlin aufgegriffen und befördert wurden.

Die Auseinandersetzungen des Jahres 1996

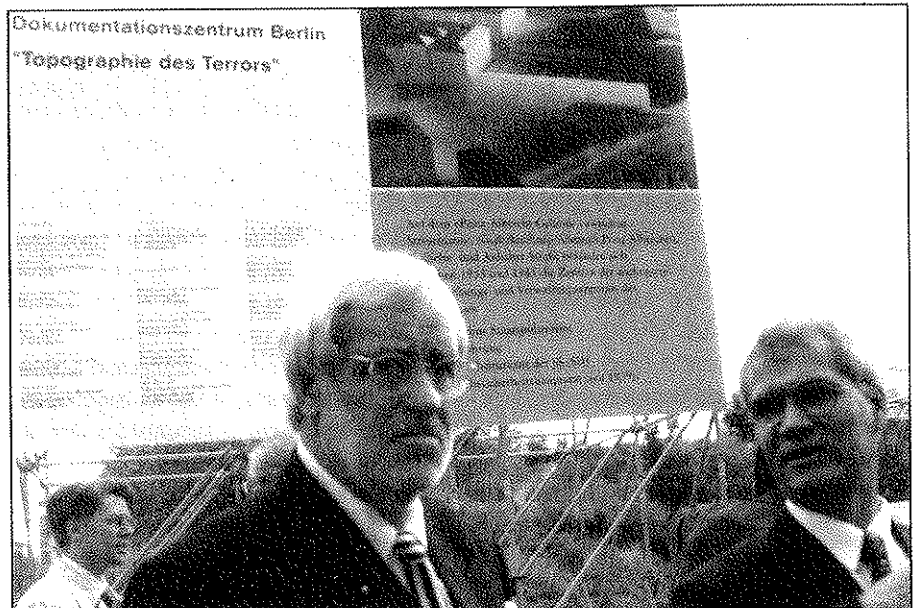
Zum ersten Mal in diesem Jahr wurde die mittlerweile als selbständige Stiftung fungierende „Topographie des Terrors“ durch Zeitungsberichte im Januar aufgeschreckt, in denen aus den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD bekannt wurde, daß der Bau für das Dokumentationszentrum gestrichen werden solle. Diese Absicht konnte während des Beratungsprozesses abgewendet werden und die Baufortsetzung wurde in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Die Fortsetzung der Bauaktivitäten wurde auch vom Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 28. März nochmals einstimmig bekräftigt.

Am 25./26. Oktober wurde wiederum durch Presseberichte öffentlich, daß der Senat in seiner erneuten Sparklausur den Baubeginn für das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ auf das Jahr 2000 verschieben wolle.

In den gegenwärtig finanzpolitisch schwierigen Zeiten hat die Darstellung, daß die Stiftung „Topographie des Terrors“ auch in der provisorischen Gestalt gut arbeiten würde und man durch den Baustopp die Baukosten in Höhe von 45 Millionen DM sparen könne, zunächst Verständnis gefunden.

Dennoch ist diese Darstellung falsch. Seit Sommer 1996 existiert auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ eine Baugrube. Das Gelände ist nur noch teilweise zu begehen, der Aussichtshügel ist abgetragen und durch die Arbeiten der Archäologen sind nicht nur neue Funde gemacht worden, sondern es ist auch das provisorische Ausstellungsgebäude an zwei (bald drei) Seiten freigelegt, so daß es ohne zusätzliche Konservierung nicht mehr lange nutzbar sein wird. Bereits in den letzten Jahren stand des öfteren Wasser in dem Keller der Ausstellungshalle. Darüber hinaus können aufgrund von Platzmangel die anderen Aufgaben der Stiftung, etwa die Bildungsarbeit, nicht richtig wahrgenommen werden.

In die bisherigen Baumaßnahmen sind bis Oktober 1996 nach Schätzung der Senatsbauverwaltung bereits 8 Millionen DM geflossen. Der Bund hat seinen Zuschuß von 17,5 Millionen DM in Raten bis 1999 zugesagt. D.h. wenn der Senat von Berlin seine Finanzierungszusage zum heutigen Zeitpunkt zurückgenommen hätte, wären - mit zu erwartenden Regreßforderungen - 25 Millionen DM in den Sand gesetzt oder verloren gewesen. Dafür hätte das Land Berlin in den nächsten drei Jahren maximal 20 Millionen DM Investitionsmittel sparen können. Da bis zum Jahr 2000 in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin Neuwahlen stattfinden, kann die heutige Regierung gar keine verbindliche Zusage für einen Bau im Jahr 2000 geben.



Kultursenator Ulrich Roloff-Momin (links) und Bausenator Wolfgang Nagel am 8. Mai 1995 vor dem Bauschild für das neue Zentrum.

Kurz zusammengefaßt: Wenn der Senat an seiner Entscheidung, den Bau haben zu wollen, festhalten will, ist der sofortige Baubeginn die preiswerteste Form der Umsetzung.

Durch diese Diskussion sei die Glaubwürdigkeit der Berliner Politik im Umgang mit der Darstellung der NS-Vergangenheit schwer beschädigt worden. Auf diesen Sachverhalt wurde die Berliner Landesregierung in Gesprächen, durch Protestbriefe und auch in der Medienberichterstattung immer wieder hingewiesen.

Am 11. November tagte der internationale Beirat der Stiftung Topographie und verurteilte in einer Erklärung die Verzögerungspolitik bezüglich des Neubaus.

Aufgrund der kritischen Diskussionen in den Regierungsparteien und des zunehmenden öffentlichen Drucks, der weit über Berlin hinausreichte, kam der Senat immer stärker in Zugzwang.

Am 12. November verabredeten die Fraktionsvorsitzenden von CDU (Klaus Landowsky) und SPD (Klaus Böger) den Bau der Stiftung Topographie wie ursprünglich geplant weiterzuführen. In seiner Sitzung am 19. November hat der Senat einen Beschluß gefaßt, der diese Absicht umsetzt.

Wenn auch im Detail noch Fragen offen sind, so kann man davon ausgehen, daß die Hochbauarbeiten für den Neubau wie geplant im Frühjahr 1997 beginnen werden und das neue Dokumentationszentrum am 9. November 1998 eröffnet werden kann.

Spontan hat sich zur Unterstützung des Baus auf Anregung des Bundestagsabgeordneten Jochen Feilcke (CDU) eine überparteiliche Initiative von Berliner Bundestagsabgeordneten gebildet zu der noch Franziska Eichstädt-Bohling (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Günter Rexrodt (FDP) und Wolfgang Thierse (SPD) gehören. Sie möchten in einem „Projekt der Parlamentarier“ möglichst viele Abgeordnete auf allen Ebenen zu einem Beitrag für die Realisierung des Lernortes auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ bewegen.

Da darüber hinaus weitere private Geldgeber angesprochen werden sollen, u.a. um auch durch Spenden von Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen, daß die Auseinandersetzung mit der Tätergeschichte nicht nur eine Angelegenheit des Staates ist, wurde ein Spendenkonto eingerichtet: Stiftung Topographie des Terrors bei der Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00, Konto: 73 00 222 26).

Dokumentation der Diskussion

Auf diesen Seiten sind einige ausgewählte Zeitungsartikel abgedruckt, die die Chronologie der Ereignisse und der öffentlichen Debatte im Laufe dieses Jahres nachvollziehbar machen sollen. Eine Chronologie der Geschichte der Wiederentdeckung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ und der Dokumentation und Stiftung „Topographie des Terrors“ gibt einen Überblick über die Entwicklung. Ausrisse aus Briefen, die an die Stadtregierung geschrieben wurden und von denen die Stiftung Kopien erhalten hat, dokumentieren das Interesse an der Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Verbrechen, den Strukturen und den Tätern an diesem Ort.

Der politische Gehalt der Diskussionen um den Bau des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ weist sicherlich weit über den konkreten Anlaß hinaus auf den gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit hin. Dieses sollte mit etwas Abstand und der notwendigen Reflexion weiter beobachtet und problematisiert werden.

Thomas Lutz

Chronologie

1979	Erst Diskussionen über die Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“ als Zentrum des NS-Terrors
1983/84	Wettbewerb für ein Denkmal für NS-Opfer auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“
Mai 1985	Symbolische Grabung auf dem Gelände durch Mitglieder des Vereins Aktives Museum
Juli 1987	Eröffnung der - zunächst nur provisorisch geplanten - Dokumentation „Topographie des Terrors“
März 1990	Vorlage des Abschlußberichts der Fachkommission zum Umgang mit dem „Prinz-Albrecht-Gelände“
März 1993	Einrichtung der unselbständigen Stiftung „Topographie des Terrors“
April 1995	Errichtung der Stiftung öffentlichen Rechts „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum“
Mai 1995	Festakt im Abgeordnetenhaus und Enthüllung eines Bauschildes unter Beteiligung des Regierenden Bürgermeisters Diepgen, des Bundesbauministers Töpfer, des Kultursenators Roloff-Mömin und des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Bubis
8. Januar 1996	In den Koalitionsverhandlungen wird - laut Medienberichten - über einen Baustopp des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ nachgedacht
14. Januar 1996	Die Koalitionsparteien CDU und SPD legen sich auf eine Fortsetzung des Baus fest, berichten die Zeitungen
28. März 1996	Das Berliner Abgeordnetenhaus beschließt nochmals einstimmig die Fortsetzung des Baus des Dokumentationszentrums
24. Oktober 1996	Erstmals wird presseöffentlich, daß der Senat in seiner Sparklausur die Verschiebung des Baus des Dokumentationszentrums auf das Jahr 2.000 beschlossen hat
11. November 1996	Der internationale Beirat verurteilt den Sparbeschluß des Senats
12. November 1996	Die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Klaus Landowsky, und SPD, Klaus Böger, verabreden, den Bau wie ursprünglich geplant zu Ende zu führen
19. November 1996	Der Senat beschließt in seiner Sitzung den Baustopp von Ende Oktober zurückzunehmen und das Dokumentationszentrum wie geplant bis Ende 1998 zu errichten

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Budapester Str. 40
D - 10787 Berlin
Tel.: 030 - 254509-15
Fax: 030 - 2613002
e-mail: topographie@t-online.de

Redaktion:
Thomas Lutz
Layout und Satz:
Peter Nowick
Gesamtherstellung:
GWP-Druck
38154 Königslutter-Beienrode

Alle Abbildungen, soweit nicht anderweitig gekennzeichnet:
Fotoarchiv der Stiftung Topographie des Terrors.

Protestbriefe an die Berliner Landesregierung wegen der Bauverschiebung Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“

Im Folgenden sind die Institutionen und Personen aufgeführt, die Kopien ihrer Protestbriefe auch an die Stiftung Topographie des Terrors geschickt haben. Wir sind uns sicher, daß darüber hinaus noch zahlreicher weiterer Protest geäußert wurde, von dem wir leider keine Abschrift erhalten haben.

Uri Aloni, Beit Lohamei Haghetat (Direktor der Abteilung für deutsche Angelegenheiten); Eva R. Angress, San Francisco; Prof. Dr. Horst Bednarek und Wolfgang Hoernle (Vorsitzende, Bund der Antifaschisten Köpenick e.V.); Johanan Bein, Jerusalem (Vizedirektor, Yad Vashem); Dr. G. Jan Colin, New Jersey (Dean, General Studies of Richard Stockton College of New Jersey and Chair, American Committee Remembering for the Future II); Prof. Dr. Marion F. Deshmukh, Fairfax (Georg Mason University); Dr. Christiane Fischer-Defoy (Vorsitzende, Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.); Alisa Fuss und Elna-Maria Reiff-Hundt, Berlin (Präsidentin, Internationale Liga für Menschenrechte); Baron Paul Halter und Yannis Thanassekos, Brüssel (Präsident und Direktor, Fondation Auschwitz a.s.b.l.); Rabbi Marvin Hier und Kollegen, Los Angeles (Founder and Dean, Simon Wiesenthal Center); Dr. Heinz und Hildegard Hoffmann, Berlin; Prof. Marion Kaplan und Kollegen, New York (Queens College); Prof. Dr. Walter Jens, Berlin (Präsident, Akademie der Künste); Dr. Volkhard Knigge, Weimar (Direktor, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora); Miles Lerman, Washington (Chairman, US Holocaust Memorial Museum); Prof. Dr. Richard S. Levy, Chicago (University of Illinois); Hans-Joachim Marske, Berlin (Vorsitzender, Berliner Brücke); Dr. Joachim Nelhans, Göteborg; Walter H. Pehle, Frankfurt (Herausgeber der Buchreihe: Die Zeit des Nationalsozialismus im S. Fischer-Verlag); Gunnar Richter, Kassel (Leiter, Gedenkstätte Breitenau); Manfred Richter, Berlin (Leiter, Kunstdienst der Ev. Kirche); Dr. William L. Shulman, New York (President, Associations of Holocaust Organizations); Ori Z. Soltes, Washington (Chair, Council of American Jewish Museums); Dr. Karen E. Till, Baton Rouge (Louisiana State University); Dr. Hans-Jochen Vogel (Vorsitzender, Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.); Prof. Dr. James J. Ward und Prof. Dr. Donald P. LoCicero, Allentown (Cedar Crest College); Peter Zander, London (Churchill-Fellow);

Einige Ausrisse aus den Briefen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen bzw. die Vorsitzenden der CDU- und SPD-Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky und Klaus Böger:

„...As a Professor of German history, I strongly believe in the importance of historic preservation, even when the sites are painful rather than celebratory. Both types of sites are educational and serve as an important link to the present. ...“ Marion F. Deshmukh

„...Die Notwendigkeit einer solchen Forschungsstätte hat sich in den letzten Jahren als dringend erwiesen, da die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus im geteilten Deutschland jeweils „östlich“ oder „westlich“ einseitig geschah. ...“ Heinz und Hildegard Hoffmann

„...Germany can only benefit from the intelligent instruction provided by the Topography Museum. ...“ Marion Kaplan

„...Zudem ist die Stiftung eine der Einrichtungen, die gerade den jungen Menschen der Gegenwart das Wissen zur Verfügung stellt, ohne das Gedenken für Menschen, die mit der Vergangenheit nicht durch Erfahrung verbunden sind, unmöglich ist....“ Volkhard Knigge

„...Suspension of this project will undoubtedly fuel public speculation that a reunified Berlin wish to bypass a confrontation with the most brutal aspects of its past. ...“ Miles Lerman

„...Our tour was led by Professor Reinhard Rürup and it was, for many of us, the most moving experience of our three-week stay in Germany. The displays are eloquent testimony of the new Germany's forthright confrontation of a burdensome past. ...“ Richard S. Levy

„...in almost every class I teach, I mention the Topography of Terror as an example of a German historical education center, and my students ... are particularly interested in learning about such a place of memory in Germany's new capitol. ...“ Karen E. Till

„...Die Informationen, die wir von diesen Ausstellungen (auch der Sonderausstellungen der Stiftung - TL) bekommen haben, sind für unsere Vorlesungen in den USA sehr wichtig. ...“ James. J. Ward

„... Es geht ja schließlich nicht um JUEDISCHE Geschichte, sondern um DEUTSCHE Geschichte, was DEUTSCHE DEUTSCHEN ANGETAN HABEN. ...“ Peter Zander

Aus einem Antwortschreiben der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 19. November 1996:

„Sehr geehrte ...,
... Wie Sie gewiß inzwischen aus der Presse erfahren haben, wurde der beabsichtigte Baustopp des Internationalen Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ revidiert. Ohne die Proteste aus dem In- und Ausland, aber vor allem auch von zahlreichen Berlinerinnen und Berlinern wäre es vermutlich nicht dazu gekommen.
Für Ihr Engagement und Ihr aufmerksames Interesse möchten wir uns herzlich bedanken. ...“

Die Stiftung Topographie des Terrors möchte sich für die umfangreiche Unterstützung mit Rat und Tat und die große Zusprache in dieser schwierigen Auseinandersetzung bei Allen sehr herzlich bedanken!

Das Sparziel ist noch nicht erreicht

Verzögerung bei Bau einer Gedenkstätte / Kompromiß über Öffnung des Brandenburger Tors

eve Berlin (Eigener Bericht) - CDU und SPD in Berlin sind auf dem Weg zur Neuauflage ihrer Großen Koalition ein Stück weitergekommen, wenn auch das verabredete Sparziel noch nicht erreicht ist. Sechs Facharbeitsgruppen haben in der vergangenen Woche 400 Themen und Einzelfragen diskutiert. Zu den abschließenden Verhandlungen, die am Dienstag in großer Runde aufgenommen werden, wird jede Arbeitsgruppe ein Papier mit den bisher erzielten Übereinstimmungen und den noch nicht ausgeräumten Differenzen zur Entscheidung vorlegen. Außerdem müssen Anzahl, Zuschnitt und Besetzung der Senatsposten festgelegt werden. Am 17. Januar sollen beide Parteien dann über die Verhandlungsergebnisse abstimmen. Die Wahl des neuen Senats wird für die erste Parlamentssitzung des Jahres am 25. Januar angestrebt.

Bei den geplanten Einsparungen im Personalbereich von vier Milliarden Mark bis 1999 haben sich beide Parteien bisher erst auf zwei Milliarden verständigen können, die durch Personalfuktuation,

Erleichterungen beim Ausstieg aus dem Arbeitsleben sowie die Besetzung neuer Posten mit Zwei-Drittel-Stellen zustande kommen sollen. 18 000 Stellen im Öffentlichen Dienst sollen bis 1999 insgesamt abgebaut werden. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) erklärte inzwischen noch einmal, daß es bei der geplanten Länderfusion von Berlin und Brandenburg keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Er wandte sich damit gegen die Gewerkschaften ÖTV und DAG, die Widerstand gegen den geplanten Stellenabbau angekündigt und angedroht hatten, ihre Mitglieder möglicherweise aufzufordern, bei der Volksabstimmung am 5. Mai gegen die Länderfusion zu stimmen.

Heftige Kritik löste auch die Entscheidung der Verhandlungspartner aus, den Baubeginn der Dokumentationsstätte „Topographie des Terrors“ auf dem früheren Gestapo-Gelände neben dem Martin-Gropius-Bau im Regierungsviertel nicht wie geplant 1996, sondern frühestens 1997 zu beginnen. In einem Offenen Protestbrief von Organisationen früherer Wider-

standskämpfer, Antifaschisten und Verfolgten des Naziregimes wird befürchtet, daß das Projekt mit dieser Entscheidung ganz „zunichte gemacht werden soll“. Andreas Nachama, der Geschäftsführer der Stiftung „Topographie des Terrors“, sagte der taz, dieser Beschluß bringe „das Faß der Peinlichkeiten zum Überlaufen“. Seit über zehn Jahren werde der Baubeginn immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten verschoben. Die erneut beschlossene Verschiebung zeige „die Unfähigkeit der Stadt, mit der Geschichte adäquat umzugehen“.

Der Streit um die Öffnung des Brandenburger Tors für den privaten Autoverkehr soll in den Koalitionsverhandlungen offenbar nicht entschieden, sondern durch einen Kompromiß gelöst werden. Bisher dürfen nur Busse und Taxis das Brandenburger Tor durchfahren. Die CDU ist dafür, es auch für private Pkw zu öffnen. Die SPD war in der Vergangenheit immer strikt dagegen. Jetzt soll offenbar zu bestimmten Zeiten jeweils eine Spur pro Richtung für den privaten Autoverkehr geöffnet werden.

Süddeutsche Zeitung, 08.01.1996.

„Topographie des Terrors“: Baubeginn noch in diesem Jahr

■ Koalitions-Gespräche
schafften Klarheit

Noch in diesem Jahr soll der erste Bauabschnitt der Gedenkstätte Topographie des Terrors am Martin-Gropius-Bau für 28 Millionen DM begonnen und während dieser Legislaturperiode auch beendet werden. Das wurde mit dem Abschluß der Koalitionsgespräche zwischen CDU und SPD jetzt festgeschrieben. Ursprünglich hatte man aufgrund der Mittelknappheit eine längerfristige Verschiebung in Erwägung gezogen.

Berliner Morgenpost, 14.02.1996.

Nr. 96/6/20 C
13/82



ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

- 13. Wahlperiode -

Gemäß Beschlußprotokoll über die 6. Sitzung des
Abgeordnetenhauses von Berlin am 28. März 1996
hat das Abgeordnetenhaus folgenden Beschluß gefaßt:

Neubau eines Dokumentationszentrums "Topographie des Terrors"

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,
daß mit dem Bau des Dokumentationszentrums "Topo-
graphie des Terrors" wie geplant im Juni 1996 be-
gonnen und das gesamte Projekt planmäßig ausgeführt
wird.

Für die Richtigkeit:

Berlin, den 1. April 1996



Lech
Lech

„Topographie des Terrors“

Es bleibt beim Provisorium

Der provisorische, zur 750-Jahr-Feier errichtete Ausstellungspavillon auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ muß noch länger seinen Dienst tun. Die Sparbeschlüsse bringen die 45 Millionen Mark teure Ausstellungshalle in Kreuzberg auf die Warteliste ins nächste Jahrtausend. Schon im kommenden Frühjahr hatte Baubeginn für das dreistöckige Gebäude des Schweizer Architekten Peter Zumthor sein sollen. Bund und Berlin wollten sich die Kosten teilen.

Von einer „großen Enttäuschung“ sprach Andreas Nachama, Direktor der Stiftung „Topographie des Terrors“, als er in New York vom vorläufigen Bau-stopp erfuhr: „Wenn man bei diesem Thema Geld sparen will, hätte man sich das vor 60 Jahren überlegen sollen.“ Nachama wies darauf hin, daß erst vergangene Woche Bundeskanzler Helmut Kohl die Schirmherrschaft über den Museumsbau übernommen habe. Derzeit graben noch Archäologen nach Spuren von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt. jr./rast

Berliner Morgenpost, 25.10.1996.

Erklärung der Mitgliederversammlung der Akademie der Künste

Die Akademie der Künste protestiert nachdrücklich gegen den Plan des Senats, den Bau des Ausstellungspavillons auf dem Gelände „Topographie des Terrors“ entgegen aller Zusagen ins nächste Jahrtausend zu verschieben.

Ein Gemeinwesen, das Ansehen in aller Welt nur als liberale Kulturhauptstadt gewinnen kann, hat sich zu seiner Geschichte zu bekennen und darf dabei die Jahre der Schande niemals vergessen. Täte sie es - sie verfiere der Erinnerungslosigkeit, weil sie, auf ein dauerhaftes, weithin sichtbares Zeichen des Eingedenkens verzichtend, ausgerechnet jene Menschen ins Abseits stellte, die in finsternen Zeiten für das andere, tolerante und humane Land eintraten und dafür gefoltert und ermordet worden sind.

Walter Jens
26. Oktober 1996

Pressemitteilung der Akademie der Künste.

Der Berliner Senat spart die Erinnerung an das Dritte Reich ein

„Topographie des Terrors“ verschoben / Von Peter Jochen Winters

BERLIN, 3. November. Berlin will auf das internationale Dokumentations- und Begegnungszentrum „Topographie des Terrors“ verzichten. Der von CDU und SPD getragene Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) hat im Rahmen seiner Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts 1997 beschlossen, den Bau des Dokumentationsgebäudes der vom Bund und dem Land Berlin getragenen Stiftung „Topographie des Terrors“ zu stoppen und in das nächste Jahrtausend zu verschieben. Aufgeschoben bedeutet in diesem Fall jedoch aufgehoben. Entweder wird beim Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin die jetzt ausgehobene Baugrube ein Wasserloch sein, oder es wird dann auf einer wieder zugeschütteten Baugrube Gras wachsen.

Die Kosten für den Neubau sollten 45 Millionen Mark betragen. Der Bund hat verbindlich zugesagt, knapp 29 Millionen Mark davon zu übernehmen. Er wollte aber nur zahlen, wenn Berlin zuvor seine Verpflichtungen erfüllt hat. Bisher haben Berlin und der Bund rund acht Millionen Mark für den Bau aufgewandt. Die Vertagungsentscheidung des Berliner Senats, die nur noch das Abgeordnetenhaus bei den Haushaltsberatungen Anfang des nächsten Jahres rückgängig machen kann, bedeutet nicht nur das Einsparen von rund 20 Millionen Mark im Berliner Haushalt, sondern auch den Verzicht Berlins auf die zugesagten Bonner Gelder. Die Legislaturperiode des Bundes endet 1998, die in Berlin 1999. Danach müßte alles noch einmal von vorn beginnen, denn kein Senat und keine Bundesregierung kann in diesem Fall über die Legislaturperiode hinaus verbindliche Zusagen machen.

Das nach Plänen des Schweizer Architekten Zumthor zu errichtende Gebäude sollte auf dem Prinz-Albrecht-Gelände, dem einstigen Regierungsviertel des „SS-Staates“, errichtet und im November 1998 anlässlich des 60. Jahrestages der Novemberpogrome der Öffentlichkeit übergeben werden. An diesem Ort der Täter befanden sich bis 1945 die Zentrale der Gestapo, die SS-Führung und das Reichssicherheitshauptamt, eine einzigartige Konzentration von Macht und Terror im nationalsozialistischen Deutschland. Die Stiftung „Topographie des Terrors“ wollte hier im Zentrum der deutschen Hauptstadt, in unmittelbarer Nachbarschaft des Abgeordnetenhaus und des Martin-Gropius-Baus, eine Dokumentations-Ausstellung unter Einbeziehung der ausgegrabenen Reste des „Hausgefängnisses“ der Gestapo präsentieren. Zusammen mit einer Benutzerbibliothek, Vortrags- und Mediensälen sollte ein geschichtlicher Lernort mit Zugang zu Originalakten entstehen, der eine aktive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ermöglichen sollte. In einer auf den historischen Dokumenten gegründeten, differenzierten Darstellung sollte hier mit Blick auf die Zukunft Aufklärungsarbeit betrieben werden. Dies scheint im Hinblick auf die zunehmenden, zumeist auf rechtsextremistischem Gedankengut beruhenden Gewalttaten Jugendlicher gegen Ausländer und gesellschaftliche Minderheiten eine unverzichtbare pädagogische Aufgabe.

Vordergründig geht es bei der Entscheidung der Berliner Lokalpolitiker gegen die „Topographie des Terrors“ um rund 20 Millionen Mark. Tatsächlich aber stellt sich hier die Frage nach dem demokratischen Selbstverständnis des wiedervereinigten Deutschland angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit. Bei der symbolischen Grundsteinlegung am 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag des Kriegsendes, waren sich der Regierende Bürgermei-

ster Diepgen, Bundesbauminister Töpper und der Vorsitzende des Internationalen Beirats der Stiftung „Topographie des Terrors“, Bubis, darin einig, daß die Stiftung mit dem Neubau auf dem Prinz-Albrecht-Gelände ein unverzichtbarer Bestandteil der historisch-politischen Kultur Berlins sei, dessen nationale und internationale Bedeutung im Hinblick auf den bevorstehenden Umzug von Bundestag und Bundesregierung zusätzliches Gewicht gewonnen habe. Die schreckliche Zeit des Nationalsozialismus, der Tiefpunkt der deutschen Geschichte, dürfe nicht verdrängt und vergessen werden, sagte Diepgen damals, und Töpper meinte im Hinblick auf die „Topographie des Terrors“: „Wir brauchen diese offene Wunde, sie muß weiter schmerzen, damit wir uns immer der Aufgabe bewußt sind, gegen das Vergessen Widerstand zu leisten.“ Bundeskanzler Kohl schließlich übernahm erst kürzlich die Schirmherrschaft für eine Aktion des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, die Baujüngend an dem Erstellen des Bauwerkes zu beteiligen.

Nach dem Bekanntwerden der Entscheidung des Berliner Senats gegen die „Topographie des Terrors“ in der Sparklausur hat der zuständige Kultursenator Radunski (CDU) im Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses argumentiert, über den Erfolg in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus entscheide nicht die Größe einer Institution. Schon jetzt leiste die Dokumentationsausstellung „Topographie des Terrors“ auch in einer „verkleinerten Form“ eine ausgezeichnete Arbeit, so daß die Verschiebung zu vertreten sei. Der wissenschaftliche Direktor der Stiftung, der Historiker Reinhard Rümp, hält das für Zynismus: „Die Tatsache, daß es uns gelungen ist, das Provisorium über viele Jahre zu international anerkanntem Erfolg zu führen, beweist mitnichten, das ein Ausbau überflüssig wäre.“ Das Gegenteil sei der Fall. Es müsse etwas Dauerhaftes entstehen.

Offenbar will der Berliner Senat zu jener Haltung zurück, aus der heraus die Ruinen der zumindest teilweise wieder aufbaufähigen Gebäude auf dem Prinz-Albrecht-Gelände bis 1956 abgerissen und das gesamte Gelände bis 1962 „tiefenttrümmert“ wurde. Zunächst eine brachliegende Freifläche, wurde das Gelände später von einer Bauschutt-Verwertungsfirma und einem „Autodrom“ genutzt. Nach 1983 wollte der Senat „die geschichtliche Tiefe des Ortes mit Nutzungsansprüchen wie Parkgestaltung, Spielplatz, Bewegungsfläche etc. verbinden“.

Bürgerinitiativen verhinderten die „Versiegelung“ des Geländes, veranlaßten Ausgrabungen und die Sicherung der Gestapo-Keller. Der Senat zog nach, und 1987 wurde anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins in und über originalen Kellerresten eines Küchentraktes ein provisorischer Ausstellungspavillon errichtet, in dem für drei Monate die Ausstellung „Topographie des Terrors“ gezeigt werden sollte. Das Provisorium ist seither von mehr als 1,5 Millionen Besuchern besichtigt worden. Wegen der unstrittigen Bedeutung des Ortes hat schließlich auch die Bundesregierung entschieden, gemeinsam mit dem Land Berlin die Trägerschaft der 1995 in Leben getretenen selbständigen Stiftung „Topographie des Terrors“ zu übernehmen.

Das Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus hat nach der Sparklausur des Senats das am 8. Mai 1995 auf dem Prinz-Albrecht-Gelände feierlich enthüllte Bauschild mit einem schwarzen Tuch verhüllt. Darauf die Inschrift: „Dokumentationszentrum ‚Topographie des Terrors‘ 50 Jahre vertagt - jetzt vom Senat gestoppt.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.11.1996.

Erklärung des Direktoriums der Stiftung Topographie des Terrors

Am 23. Oktober 1996 hat der Senat von Berlin im Rahmen seiner Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen, den geplanten Neubau der Stiftung Topographie des Terrors zu stoppen. Von Senator Radunski ist auf einer Pressekonferenz am 25. Oktober dazu erklärt worden, daß der Beginn des Bauvorhabens auf das Jahr 2000 verschoben worden sei.

Gegen diese Entscheidung müssen wir mit allem Nachdruck protestieren. Die Notwendigkeit des Neubaus auf dem Topographie-Gelände ist seit langem unbestritten. Sie ist zuletzt Anfang dieses Jahres nachdrücklich bestätigt worden, als der erste Versuch, den Neubau zu verschieben, auf entschiedenen Widerstand im Abgeordnetenhaus und im Senat stieß und dadurch erfolgreich abgewehrt werden konnte. Es stand für alle Beteiligten außer Frage, daß die Stiftung Topographie des Terrors ein unverzichtbarer Bestandteil der historisch-politischen Kultur unserer Stadt ist, dessen nationale und internationale Bedeutung im Hinblick auf den bevorstehenden Umzug von Bundestag und Bundesregierung zusätzliches Gewicht gewonnen hat.

Der Neubau soll an der Stelle errichtet werden, von der aus Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt den nationalsozialistischen Terror in Deutschland und in Europa organisiert haben. Hier standen die Schreibtische von Himmler und Heydrich, von Kaltenbrunner und Eichmann. Bei der Topographie des Terrors geht es um einen einzigartigen Ort der Täter, der wie kein anderer zur immer neuen Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, ihren Ursachen, Voraussetzungen und Folgen zwingt.

Seit 1987, als anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins eine kleine Ausstellungshalle errichtet wurde, besteht hier ein Provisorium, das inzwischen nicht nur nationale, sondern auch internationale Anerkennung gefunden hat. Wegen der unstrittigen Bedeutung des Ortes hat sich schließlich auch die Bundesregierung entschieden, gemeinsam mit dem Land Berlin die Trägerschaft der Stiftung zu übernehmen.

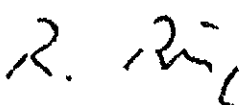
Es ist schwer verständlich, wie das Land Berlin einerseits den symbolischen Baubeginn der Topographie des Terrors am 8. Mai 1995, anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes, in einem programmatischen Festakt - mit Ansprachen des Regierenden Bürgermeisters, des Bundesbauministers Töpfer und des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis - begehen kann, andererseits aber nun die bereits begonnenen Arbeiten stoppt, zumal damit auch die vom Bund bereitgestellten Gelder verloren gehen bzw. in den nächsten Jahren nicht abgerufen werden. Die politische Glaubwürdigkeit der Berliner Politik erfordert nach unserer Überzeugung, daß das Bauvorhaben nicht wieder in Frage gestellt, sondern zügig durchgeführt wird.

Damit würde auch vermieden, daß der Ausbau der Topographie des Terrors und die Pläne für das "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" in eine von niemandem gewünschte, politisch höchst schädliche Konkurrenz zueinander treten. Gerade wenn ein solches Denkmal im Zentrum Berlins errichtet wird, ist es umso dringlicher, daß zugleich ein Ort geschaffen wird, der Kenntnisse vermittelt, Einsichten ermöglicht und der historisch-politischen Aufklärung im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer demokratischen Gesellschaft dient. Es geht hierbei vor allem, wenn auch keineswegs ausschließlich, um die nachwachsenden Generationen. Eine Entscheidung, ausschließlich das Denkmal zu realisieren, wäre sicher falsch.

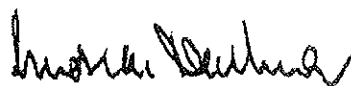
Schließlich ist kaum vorstellbar, daß das Topographie-Gelände sich als Planungsruine darbietet, wenn der Umzug von Bonn nach Berlin erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt wird vor allem die internationale Öffentlichkeit sorgfältig darauf achten, wie die Bundesrepublik in der alten und neuen Hauptstadt mit der NS-Geschichte umgeht. Ein vollendeter Neubau der Topographie des Terrors könnte dabei sehr hilfreich, ein Gelände, das einen mangelnden Handlungs- und Gestaltungswillen dokumentiert, aber sehr schädlich sein.

Aus den hier in aller Kürze skizzierten Gründen richten wir an alle politisch Verantwortlichen noch einmal die dringliche Bitte, die bisherige Entscheidung erneut zu überdenken und eine unverzügliche Durchführung des Bauvorhabens zu ermöglichen.

Berlin, den 30.10.1996



Prof. Dr. Reinhard Rürup
Wissenschaftlicher Direktor



Dr. Andreas Nachama
Geschäftsführender Direktor

Senat gerät wegen „Topographie des Terrors“ unter Druck

Kanal kritisiert Bau-Verschiebung: „Eine Angelegenheit der deutschen Hauptstadt“

VON HANS TOEPPEN

BERLIN. Die Jüdische Gemeinde setzt den Senat wegen seiner Entscheidung, den Ausbau auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ zu verschieben, immer mehr unter Druck. Ihr Vorsitzender Jerzy Kanal erklärte gestern bei der Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht vom 9. November 1938, diese Sparmaßnahme widerspreche dem „Gedanken der Erinnerung“. Er hoffe, daß „noch nicht das letzte Wort gesprochen ist“. Kanal sagte dem Tagesspiegel, die geplante Ausstellungshalle sei wichtig für Deutschland und „eine Angelegenheit der deutschen Hauptstadt.“ Deshalb dürfe sie nicht aus Spargründen geopfert werden.

Unter Vorsitz von Ignatz Bubis beschäftigt sich heute der Internationale Beirat der Stiftung Topographie des Terrors mit dem Thema. Er hat deshalb seine ursprüngliche Tagesordnung geändert. Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, werde „schon klare Worte sagen“, kündigte Kanal gegenüber dem Tagesspiegel an. Klare Worte dürften auch von Sybil Milton kommen, der stellvertretenden Vorsitzenden des Beirats. Milton ist leitende Historikerin am United States Holocaust Memorial Museum in Washington. Mit ihr hat Kanal in der vorigen Woche in den USA gesprochen und ihre Einschätzung mitgebracht, daß die zeitliche Verschiebung des Ausstellungsbauwerks „unmöglich“ sei. Dieses Urteil verbreite sich inzwischen in den USA.

Der Bau einer Ausstellungshalle mit Besucher- und Dokumentationszentrum an der früheren Gestapo-Zentrale neben dem Martin-Gropius-Bau in Kreuzberg war vom Senat vor kurzem ins Jahr 2000 verschoben worden. Verplant sind bereits acht Millionen Mark. Von den Gesamtkosten in Höhe von 45 Millionen Mark wollte der Bund, wie berichtet, gut 17 Millionen Mark übernehmen. Ob dieses Geld auch später zur Verfügung steht, wird bei der Stiftung bezweifelt.

Gerade die Tatsache, daß der Bundeszuschuß in Frage gestellt wird, wurde von Kanal gestern hervorgehoben. Die Bundesbeteiligung mache besonders klar, daß es sich hier um ein zentrales Projekt handle: „An der Stätte der Verbrechen muß an diese Verbrechen erinnert werden“. Das Bauvorhaben sei keine jüdische Angelegenheit – es seien nämlich nicht nur Juden ermordet worden – und auch keine rein Berliner Aufgabe, sondern „eine Angelegenheit der deutschen Hauptstadt“.

An der Gedenkveranstaltung nahmen auch Finanzsenatorin Fugmann-Heesing sowie der Regierende Bürgermeister Diepgen teil. Diepgen ging in Abänderung seines



WEGEN GELDMANGELS verschoben: Bau eines Dokumentationszentrums am ehemaligen Gestapo-Gelände.

Foto: Kai-Uwe Heinrich

Rede-Manuskripts auch auf die Kritik Kanals und das Thema der Topographie des Terrors ein, ohne aber eine Revision des Sparbeschlusses anzukündigen. Kanal empfand die Reaktion deshalb als unzureichend. Er hoffte aber, daß sein Appell an den Senat noch zu anderen Prioritäten führen werde.

In seiner Rede ging Kanal auch auf umstrittene Straßennamen in Berlin ein. „Jüdische Menschen in der Stadt können sich nicht damit abfinden“, sagte er, daß Straßenumbenennungen aus der Nazizeit bis heute nicht rückgängig gemacht wurden. Gemeint

sind die Bezirke Wilmersdorf und Spandau, wo die Umbenennung des Seebergsteigs (nach dem antisemitischen Theologen Reinhold Seeberg) und der Kinkelstraße (bis 1938 Judenstraße) gescheitert ist. „Was man bei einer Umbenennung verliert, das verstehe ich nicht“, sagte Kanal gestern. In beiden Fällen war die ursprünglich geplante Rück- oder Neu-Benennung auf den Widerstand der Anwohner gestoßen. In Wilmersdorf hat sich die CDU zu deren Sprecher gemacht, in Spandau waren es CDU und SPD gemeinsam.

**Erklärung
des Internationalen Beirates und des Arbeitsausschusses der
"Stiftung Topographie des Terrors"**

**DARF SICH BERLIN DIE
ERINNERUNG AN DIE
VERBRECHEN DER NS-ZEIT ERSPAREN?**

Die Mitglieder des Internationalen Beirates und des Arbeitsausschusses der "Stiftung Topographie des Terrors" haben auf ihrer Sitzung am 11. November 1996 die durch die Sparbeschlüsse des Berliner Senates entstandene Situation beraten.

Sie sehen in der vom Senat beschlossenen Verschiebung des Neubaus für ein Dokumentationszentrum der Stiftung auf dem Gelände des früheren Reichssicherheitshauptamtes eine ernste Gefährdung des Projektes: Aufgeschoben ist in diesem Falle aufgehoben, denn weder der Senat des Landes Berlin noch die Bundesregierung, die an diesem gemeinsamen Bau-Projekt mit der Hälfte der erforderlichen Mittel ebenso beteiligt ist wie an der Stiftung insgesamt, können über die jetzigen Legislaturperioden hinaus verbindliche Zusagen für das Jahr 2000 treffen.

Bundesregierung und Berliner Senat haben sich am 8. Mai 1995 anlässlich der feierlichen Bauschildenthüllung durch ihre Vertreter, den Bundesbauminister Klaus Töpfer und den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, einmütig und engagiert für die Notwendigkeit eines solchen Dokumentationszentrums ausgesprochen. Der Berliner Senat hat nun sein Wort gebrochen. Wir appellieren an die Bundesregierung, Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus dafür Sorge zu tragen, daß die Erinnerung an die von hier aus europaweit koordinierten Verbrechen lebendig gehalten wird. Um die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses Deutschlands zu seiner Geschichte nicht in Frage zu stellen, muß der Neubau der "Stiftung Topographie des Terrors" termingerecht zum 60. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 - und damit rechtzeitig zum Regierungsumzug - fertiggestellt werden.

Keiner wird ernsthaft die Notwendigkeit bestreiten, daß die Staatsfinanzen konsolidiert werden müssen. Jedoch drängt sich allerdings der Eindruck auf, als wollten sich die Regierungsverantwortlichen unter dem Vorwand des Sparzwanges ein Projekt "ersparen", dessen Aufgaben sie 50 Jahre nach Kriegsende offensichtlich als überholt betrachten würden.

Es war schon vier Jahrzehnte zu spät, als das Land Berlin 1983 seine Verantwortung für diesen Ort entdeckte und sich seiner historischen Bedeutung bewußt wurde. Im Juli 1987 wurde schließlich der von den Berliner Festspielen errichtete provisorische Bau einer Dokumentationshalle der Öffentlichkeit übergeben.

Mehr als 1,5 Millionen Besucher haben dieses für wenige Monate gedachte "Provisorium" seither besucht. Sie belegen das gewachsene Interesse von Berlinern und Berlin-Besuchern an Informationen über dieses Kapitel der Geschichte Deutschlands. In dem Maße, wie die historischen Spuren des Krieges und in seiner Folge der Spaltung der Stadt verschwinden, wird dieses Interesse weiter zunehmen. Die Stiftung kann die ihr übertragenen Aufgaben nur in einem solchen Neubau erfüllen, der die entsprechenden Einrichtungen - Arbeitsgruppenräume, Veranstaltungssäle und Benutzerbibliothek - vorsieht.

Die mühsam von Bürgerinitiativen, Verbänden und Institutionen erkämpfte und ab 1991 vom Senat selbst vorgenommene Gründung der "Stiftung Topographie des Terrors" und die Übereignung des Grundstücks an diese Stiftung mit dem Ziel, es zu einem Lern-Ort zu gestalten, der über Ursachen, Wirkungsweisen und Folgen nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland und Europa informiert und zur aktiven Mitarbeit an Projekten anregt, würden durch die nun getroffenen Beschlüsse zum Scheitern verurteilt. Es darf nicht vergessen werden, daß der Senat von Berlin durch einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin selbst die Verantwortung hierfür übernommen hat.

Im Sommer wurde mit der Ausschachtung der Baugrube begonnen, um dabei zugleich wichtige historische Spuren archäologisch zu sichern. Bleibt die Baugrube nun bis zum Jahre 2000 offen bestehen, wird der sich darin bildende See auch die Kellerräume des jetzigen Ausstellungspavillons unter Wasser setzen und damit die dort gezeigte Ausstellung zerstören.

Es ist eine Illusion, daß mit der nun geplanten Verschiebung des Baubeginns auch nur eine Mark gespart werden könne. Im Gegenteil: Bereits jetzt wurden 8 Millionen DM für den Wettbewerb, die bauvorbereitenden Gutachten und Maßnahmen und das Architekten-Honorar ausgegeben. Die Baukosten werden im Jahre 2000 mit Sicherheit um 30% höher sein. Während eine Vorfinanzierung sich wesentlich günstiger darbietet, ungeachtet der laufenden Unterhaltungskosten für den jetzigen Ausstellungspavillon - und ganz abgesehen von der Gefahr, daß die 18 Mio. DM Bundesmittel verloren gehen.

„Der Senat hat sein Wort gebrochen“

Proteste gegen Verschiebung beim Bau des Dokumentationszentrums

Ws. BERLIN, 11. November. Der Internationale Beirat und der Arbeitsausschuß der „Stiftung Topographie des Terrors“ haben in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Entscheidung des Berliner Senats protestiert, den beschlossenen Neubau eines Dokumentationszentrums auf dem Gelände des früheren Reichssicherheitshauptamts ins nächste Jahrzehnt zu verschieben. Aufgeschoben bedeute in diesem Fall aufgehoben. Es dränge sich der Eindruck auf, die Regierungsverantwortlichen wollten sich unter dem Vorwand des Sparzwangs ein Projekt „ersparen“, dessen Aufgaben sie 50 Jahre nach Kriegsende offensichtlich als überholt betrachteten, heißt es in der von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Internationalen Beirats, verlesenen Stellungnahme.

Zugleich warf Bubis dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen (CDU), vor, er habe bei der Gedenkveranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zum 9. November 1938 einen „bösen Fauxpas begangen“. Der Vorsitzende der Gemeinde, Kanal, hatte dort dazu aufgerufen, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachzuhalten und den Senat wegen der Verschiebung des Baus für die „Stiftung Topographie des Terrors“ scharf kritisiert. Das Bauvorhaben sei eine Angelegenheit der deutschen Hauptstadt und dürfe wegen seiner nationalen Bedeutung nicht finanziellen Erwägungen geopfert werden. Diepgen hatte daraufhin die Verschiebung mit einer Art „Aufrechnung“ gerechtfertigt: Berlin habe das „Haus der Wannseekonferenz“, das „Centrum Judaicum“ und die jüdischen Schulen für die Jüdische Gemeinde geschaffen. Dazu Bubis: Die „Topographie des Terrors“ sei kein Geschenk an die Jüdische Gemeinde. Vielmehr sei der Senat sich selbst und der deutschen Geschichte die Aufklärung über den Nationalsozialismus für die Nachgeborenen der Täter schuldig. Die jüdischen Schulen müßten neu gebaut werden, weil sie einmal existiert hätten. Daß sie heute nicht mehr da seien, liege nicht an der Jüdischen Gemeinde.

In der Stellungnahme der Stiftungsorgane wird daran erinnert, daß sich die Bundesregierung die sich mit rund 18 Millionen Mark an den sich auf 45 Millionen belaufenden Baukosten für den Neubau der „Stiftung Topographie des Terrors“ beteiligen will und der Berliner Senat am 8. Mai 1995 durch Bauminister Töpfer

und den Regierenden Bürgermeister Diepgen „einmütig und engagiert“ für die Notwendigkeit eines solchen Dokumentationszentrums ausgesprochen haben. „Der Berliner Senat hat nun sein Wort gebrochen“, heißt es weiter. Die Stiftung könne die ihr übertragene Aufgabe nur in einem solchen Bau erfüllen, der die entsprechenden Einrichtungen vorsehe. Zu ihnen gehören Ausstellungshalle, Arbeitsgruppenräume, Veranstaltungssäle, Archiv und Benutzerbibliothek. Bubis appellierte daher im Namen der Stiftung an die Bundesregierung, den Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus, dafür Sorge zu tragen, „daß die Erinnerung an die von hier europaweit koordinierten Verbrechen lebendig gehalten wird“. Um die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses Deutschlands zu seiner Geschichte nicht in Frage zu stellen, müsse der Neubau termingerecht zum 60. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 und damit rechtzeitig zum Umzug von Bundesregierung und Bundestag nach Berlin fertiggestellt werden.

Die Gründung der „Stiftung Topographie des Terrors“ war von Bürgerinitiativen und Verbänden erkämpft und dann 1991 vom Senat selbst vorgenommen worden. Er übereignete der Stiftung das Gestapo-Gelände mit der Aufgabe, es zu einem Ort zu gestalten, der über Ursachen, Wirkung und Folgen nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland und Europa informiere und zur Mitarbeit an Projekten anrege. Dieses Vorhaben sei durch die nun getroffenen Senatsbeschlüsse zum Scheitern verurteilt, heißt es in der Stellungnahme weiter. Es sei eine Illusion, daß mit der nun geplanten Verschiebung des Baubeginns auch nur eine Mark gespart werden könne. Bereits jetzt seien acht Millionen Mark für die Bauvorbereitung ausgegeben worden. Zudem würden im Jahr 2000 die Baukosten mit Sicherheit um 30 Prozent höher liegen, sagte Bubis. Demgegenüber biete sich eine Vorfinanzierung wesentlich günstiger dar. „ganz abgesehen von der Gefahr, daß die 18 Millionen Mark Bundesmittel verloren gehen“.

Der Stiftungsrat der „Topographie des Terrors“, in dem die Vertreter des Landes Berlin und des Bundes unter dem Vorsitz des Berliner Kultursenators Radunski (CDU) vertreten sind, wird sich am 27. November mit der jetzt entstandenen Lage befassen. Zuvor wollen sich der Regierende Bürgermeister, der Kultursenator und Ignatz Bubis zu einem Gespräch treffen.

Topographie-Neubau soll gerettet werden

Fraktionen sind sich einig

BERLIN (pen). Das geplante Ausstellungszentrum auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ in Berlin kann offenbar doch rechtzeitig fertiggestellt werden. Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich im Abgeordnetenhaus entgegen den Sparvorgaben des Berliner Senats darauf geeinigt, doch noch einen Weg zur Verwirklichung des zentralen Projektes zur Erinnerung an die NS-Mordpolitik zu finden. Dies soll nach den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Bäger unter Umständen durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses, durch nochmalige Überprüfung des Berliner Landeshaushalts und auch durch Mobilisierung privater Geldgeber geschehen. Bedingung sei aber, daß das Berliner Etat-Sparpaket nicht wieder „aufgeschnürt“ werde.

Koalitionsparteien wollen „Topographie des Terrors“ retten

Private Geldgeber gesucht / Tagesspiegel ruft Leser zu Spenden auf

VON HANS TOEPPEN

BERLIN. Die rechtzeitige Fertigstellung des geplanten Ausstellungs- und Dokumentationszentrums auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ in Kreuzberg scheint gesichert zu sein. CDU und SPD im Abgeordnetenhaus wollen jetzt doch nach Wegen suchen, die zentrale Stätte des Gedenkens an die NS-Mordpolitik planmäßig fertigzubauen. Die parlamentarische Opposition hat sich ohnehin schon entsprechend geäußert. Auch private Geldgeber sollen nach den Vorstellungen von CDU-Fraktionschef Landowsky und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Böger gesucht werden. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, der den Senat wegen der Bauverzögerung scharf kritisiert hatte, zeigte sich gestern Abend zufrieden. Er sei sehr froh über diese Wendung, sagte Bubis zum Tagesspiegel. Er will so schnell wie möglich noch mit Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing sprechen.

Bubis hatte noch am Montag auf dem Flug nach Frankfurt mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen gesprochen, der im gleichen Flugzeug saß. Das Ergebnis war für Bubis unbefriedigend. Diepgen habe nicht in Aussicht gestellt, daß über den Sparbeschluß noch geredet werden könne und die Bauverzögerung „ein bißchen auf die Finanzsenatorin geschoben“, sagte Bubis gestern gegenüber dem Tagesspiegel. Inzwischen hatte aber der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Böger die Initiative ergriffen und sich mit Landowsky in Verbindung gesetzt. Das Ergebnis: Es soll ein Weg zur Finanzierung gefunden werden.

Die Sparklausur hatte den Bau auf das Jahr 2000 verschoben. Von den Gesamtkosten von 45 Millionen Mark sind bereits acht Millionen verplant. 17 Millionen wollte der Bund dazugeben. Für den Rest war nach gegenwärtigem Stand in der Finanzplanung aber kein Raum mehr. Die Hoffnungen im Parlament richten sich jetzt vor allem auf



IGNATZ BUBIS: „Ich bin sehr froh, daß es diese Wendung gegeben hat“.

Foto: Q

eine Erhöhung des Bundeszuschusses. Landowsky hob gestern, wie zuvor schon Bubis, hervor, daß die Gedenkstätte Topographie des Terrors eine nationale Aufgabe sei: „Gerade deshalb muß darauf hingewiesen werden, daß Berlin nicht in der Lage ist, nationale Gedenkstätten, Mahnmale und Einrichtungen allein oder zum größten Teil zu finanzieren oder zu betreiben. Hier ist unverändert die Solidarität der gesamten Republik und auch privater Spender gefragt.“ Das Thema hatte gestern offenbar bei der Tagesordnung der Fraktion gestanden. Landowsky gab am Abend eine lange Erklärung ab, in der er auch seine Betroffenheit über die Vorwürfe von Bubis äußerte: Der Vorwurf, der Senat wolle sich die Aufarbeitung der deutschen Geschichte „ersparen“, sei zutiefst ungerecht, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Der Senat und der Regierende Bürgermeister hätten sich „wie kaum andere“ um die Aufarbeitung der NS-Diktatur bemüht.

Der Bau auf der Topographie des Terrors, dem ehemaligen Gestapo-Gelände, sei ver-

schoben worden, um dafür rechtzeitig die jüdische Abteilung des Berlin-Museums fertigzustellen. Der Vorwurf von Bubis sei nunmehr geeignet, die Politik in Berlin „einem unangemessenen Druck und ungerechtfertigten Vorwürfen auszusetzen“. Um die Stadt vor weiteren Auseinandersetzungen zu bewahren, solle nun aber doch nach Wegen für eine vorfristige Fertigstellung gesucht werden.

Zu den Kritikern der Bau-Verschiebung gehört auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in Berlin. Die DGB-Vorsitzende Christiane Bretz wertete den ursprünglichen Senatsbeschluß gestern als „politisch verfehlt“. Der Versuch, die Topographie des Terrors gegen die mit staatlicher Hilfe aufgebauten jüdischen Einrichtungen in der Stadt „gegenzurechnen“, sei überdies zynisch. „Wer einerseits mit Millionen den Ausbau des Hamburger Bahnhofs zur Kunsthalle fördert, um andererseits den Ausbau einer Gedenkstätte für die Opfer des NS-Terrors zu verschieben, setzt politisch falsche Prioritäten“, erklärte die DGB-Vorsitzende.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Behrendt sprach von „enormen kulturellen und Glaubwürdigkeitsschaden“, der dem „zweifelhafte Nutzen für die Haushaltssanierung“ gegenüberstehe. Eine Verschiebung sei auch deshalb so problematisch, weil der Senat später womöglich auch noch den Anteil des Bundes übernehmen müsse.

SPENDENKONTO

Um das geplante Dokumentationszentrum auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ rechtzeitig fertigzustellen, werden auch private Geldgeber gesucht. Der Tagesspiegel unterstützt dieses Vorhaben. Gemeinsam mit der Stiftung Topographie des Terrors haben wir ein Spendenkonto bei der Berliner Sparkasse (Bankleitzahl 100 500 00, Kontonummer 73 00 222 26) eingerichtet. Stichwort: „Tagesspiegel hilft Topographie des Terrors.“

Heute dringlicher denn je

Zu Ihrer Berichterstattung über die geplante Ausstellungshalle „Topographie des Terrors“:

Als Gemeindekirchenrat der evangelischen St. Thomas-Gemeinde Berlin-Kreuzberg danken wir Ignatz Bubis für seine deutlichen Worte in dieser Angelegenheit. Wir vermuten, daß er sich für den zügigen Bau der Halle eher in seiner Eigenschaft als Sprecher des Beirates der Stiftung „Topographie des Terrors“ äußerte – und weniger als Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland. Das ging in Ihrer Berichterstattung trotz einer Andeutung unter. Damit unterstützen Sie ungewollt Fehlschlüsse wie des Regierenden Bürgermeisters Diepgen, der Zuwendungen an die jüdische Ge-

meinde mit der Verschiebung des Baus der Ausstellungshalle verknüpfen wollte.

Wir bitten Senat und Bund, in einer gemeinsamen Aktion sicherzustellen, daß unter anderem die Taten und die Täter in der versprochenen ausführlichen Weise dargestellt werden können. Dieses scheint uns zudem dringlich in einer Zeit, die wieder von menschenfeindlichen Ausschreitungen von (Neo-)Nazis geprägt ist. Heute weniger denn je ist die Darstellung der Untaten der Alt-Nazis kein zu verschiebender Akt einer abstrakten Geschichtsdarstellung.

GISELA KRIEG,

Vorsitzende des Gemeindekirchenrats der St. Thomas-Gemeinde Berlin-Kreuzberg

Überall wird gespart, warum nicht dort?

Seit Wochen arbeitet der Senat am Berliner Landeshaushalt. Ständig gibt es neue Haushaltslöcher, man weiß nicht ein noch aus, es ist einfach kein Geld mehr da. Jetzt, endlich, scheint alles unter Dach und Fach. Zu diesem Zeitpunkt fordert Herr Bubis die Einhaltung des Termins zum Bau der Ausstellungshalle „Topographie des Terrors“ auf dem früheren Gestapo-Gelände.

Wenn jüdische Mitbürger in unserer Stadt selbstverständlich integriert leben wollen, müssen sie alle Sorgen und Nöte, auch das Sparprogramm, mittragen. In Abständen warnt Herr Bubis vor zunehmendem Antisemitismus, vor dem uns der Himmel bewahren soll. Sieht Herr Bubis eigentlich die Gefahr, daß der Bürger seine Forderung zu diesem Zeitpunkt nicht versteht?

JOACHIM RADTKE,
Berlin-Lichterfelde

Die Zahl der Denkmäler ist nicht entscheidend

Die Spendenaktion des Tagesspiegels zugunsten der „Topographie des Terrors“ sollten viele Berliner unterstützen, wenn schon Senat und Fraktionsspitzen in einer mehrstündigen Sparklausur die Brisanz dieser Maßnahme nicht erkannten. Mir war dies unverständlich, auch, daß die Medien dies hinnahmen. Aber wenn das Geld so knapp ist, warum legt man nicht das Holocaustdenkmal – die Diskussion dauert ja auch peinlich lange – mit der Gedenkstätte zusammen?

Nicht die Zahl der Denkmäler und Gedenkstätten ist m. E. entscheidend. Die bekennende Verantwortung zur Vergangenheit und ein unverkrampftes Miteinander in der Gegenwart und Zukunft sollten unser Verhältnis zu unseren jüdischen Mitbürgern bestimmen.

MICHAEL ZAREMBA,
Berlin-Zehlendorf

Den Vorschlag von Wolffsohn aufgreifen!

Der Vorschlag von Professor Wolffsohn, die geplante Errichtung eines Holocaust-Denkmals mit dem Bau des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ zu verbinden, ist sehr überzeugend. Der Senat der Stadt Berlin wäre gut beraten, wenn er diesen Vorschlag ohne Zeitverzögerung und ohne „wenn und aber“ aufgreifen würde, damit die beschämende Diskussion um diese Mahnmale endlich ein alle Seiten und Partner zufriedenstellendes Ende nimmt. Wir brauchen keine zwei Mahnmale am Zentrum von Berlin, wir brauchen ein klares Bekenntnis.

KNUT KÖBLER,
Frankfurt am Main

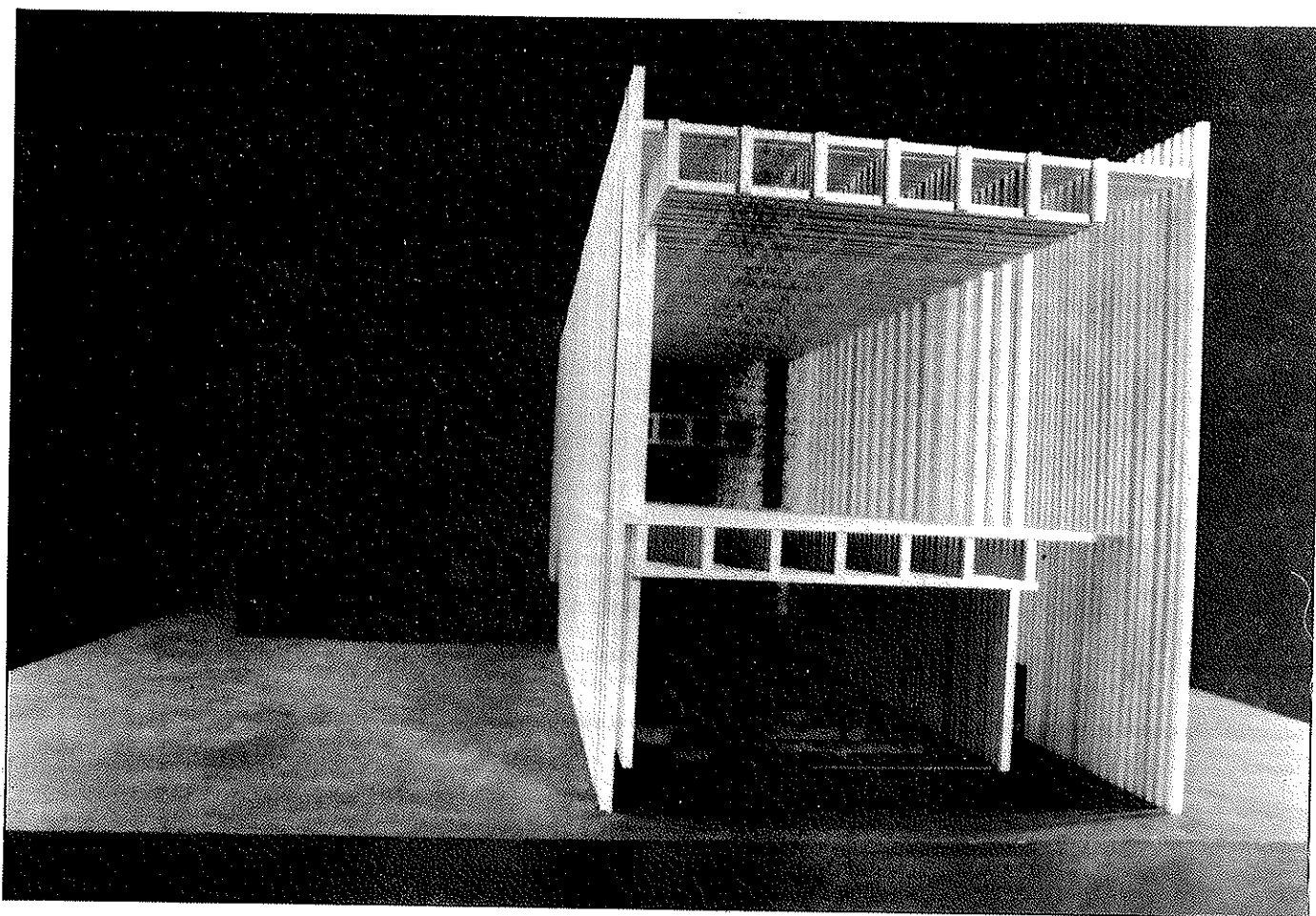
Erschreckender Mangel an Sensibilität

Ist es nicht eine elende Heuchelei, nach massiven Protesten gegen eine Verschiebung des Baues des Dokumentationszentrums nun noch einmal über „Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken“, um das Ergebnis dann als die eigene Einsicht zu präsentieren? Es ist übrigens eine gute Idee des Tagesspiegels, die Bürger der Stadt zu Spenden aufzufordern.

Bei unseren Mandatsträgern ist eines auffällig: ein erschreckender Mangel an Sensibilität im Umgang mit der Nazi-Vergangenheit. In Erinnerung ist noch das peinliche Gerangel um die Spiegelwand in Steglitz und aus jüngster Zeit das Scheitern der Um- und Rückbenennung von Straßen mit Namen jüdischer Bürger. Aufschlußreich zu sehen, wie Politiker Wertigkeiten setzen.

ANGELIKA ODEN

Tagesspiegel, 24.11.1996.



„Stabwerk“ von Peter Zumthor. Sicht auf das Modell des Neubaus der Stiftung Topographie des Terrors (von Westen).